

DAAD

**Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service**

**Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen
für
Einreise und Aufenthalt
von ausländischen Studierenden und Wissenschaftlern**

Einleitung

In diesem Infoblatt werden die wichtigsten Regelungen des Aufenthaltsrechts dargelegt, die für die Themen Einreise und Aufenthalt von internationalen Studierenden und Wissenschaftlern relevant sind. Die Themen werden in chronologischer Reihenfolge behandelt: von der Zeit vor der Einreise über den Studien- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland bis zu der Zeit nach dem Abschluss des Studiums bzw. des wissenschaftlichen Projekts.

Das Infoblatt richtet sich in erster Linie an International Offices und andere Stellen an deutschen Hochschulen, die Beratung und Betreuung zu aufenthaltsrechtlichen Fragen leisten. Daneben kann es natürlich auch von internationalen Studierende und Wissenschaftlern genutzt werden, die sich über die Rechtslage in Deutschland informieren möchten. Aus diesem Grund steht der Text auch in englischsprachiger Fassung zur Verfügung.

Dieses Infoblatt erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und gibt den Stand von **Januar 2017** wieder. Obwohl es mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, kann eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden.

Für Hinweise zu neuen Entwicklungen und möglichen Ergänzungen sind wir stets dankbar.
Kontakt: adenberg@daad.de

Inhalt

1	Vor der Einreise: Ein Visum beantragen?	4
1.1	Verschiedene Visumtypen.....	5
1.1.1	Schengen-Visum	6
1.1.2	Nationales Visum.....	7
1.1.2.1	Studienbewerbung	7
1.1.2.2	Studienvorbereitung und Studium	9
1.1.2.3	Ausübung einer Erwerbstätigkeit: wissenschaftliche Tätigkeit.....	10
1.1.2.4	Forschungszwecke	11
1.2	Zustimmung der Ausländerbehörde zur Visumerteilung.....	12
2	In Deutschland angekommen: Eine Aufenthaltserlaubnis beantragen?	13
2.1	Die Aufenthaltserlaubnis.....	14
2.2	Die verschiedenen Aufenthaltszwecke im Einzelnen	14
2.2.1	Aufenthalt zu Studienzwecken	14
2.2.2	Aufenthalt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit: wissenschaftliche Tätigkeit.....	15
2.2.3	Aufenthalt zu Forschungszwecken	16
3	Kann die Familie nachkommen?	16
3.1	Ehegattennachzug	17
3.2	Nachzug von Kindern.....	17
4	In Deutschland bleiben?	17
4.1	Nach dem Studienabschluss – in Deutschland arbeiten	17
4.2	Ein unbefristetes Aufenthaltsrecht: Die Niederlassungserlaubnis.....	18

1 Vor der Einreise: Ein Visum beantragen?

Im Allgemeinen benötigen Ausländer für die Einreise nach Deutschland ein Visum. Je nach Herkunftsland, Aufenthaltszweck und geplanter Aufenthaltsdauer sind jedoch Befreiungen und Erleichterungen von dieser Pflicht vorgesehen. Generell gilt: EU-Bürger und Staatsangehörige des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) genießen Freizügigkeit aufgrund des Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU) und dürfen ohne Visum einreisen.

Bei der Visumerteilung wird mit einem Sichtvermerk im Pass sowohl die Einreise als auch der vorläufige Aufenthalt erlaubt. Wer ein **Visum** benötigt, muss dieses stets **vor der Einreise** im jeweiligen Heimatland einholen. Zuständig für die Erteilung eines Visums sind die deutschen Auslandsvertretungen (i.d.R. Botschaft oder Generalkonsulat) und für einige Visa (sog. Schengen-Visa) auch die Auslandsvertretungen der anderen Schengen-Staaten an dem Ort, an dem der Ausländer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ein Visum sollte, auch im Hinblick auf mögliche längere Warte- oder Bearbeitungszeiten, **sehr frühzeitig** vor der geplanten Einreise beantragt werden.

Bei bestehender Visumpflicht ist eine Einreise ohne Visum nicht erlaubt und somit illegal.

Folgende Personengruppen benötigen unter den im Folgenden genannten Bedingungen kein Visum für die Einreise; es muss lediglich ein gültiges Reisedokument (i.d.R. Reisepass) vorliegen:

- EU-Bürger: EU-Mitgliedsstaaten sind Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Für die Staatsangehörigen dieser Länder ist auch ein gültiger Personalausweis oder eine Identitätskarte ausreichend für die Einreise.
- Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR): Mitgliedstaaten sind Island, Liechtenstein und Norwegen. Auch hier reicht ein gültiger Personalausweis oder eine Identitätskarte für die Einreise aus.
- Familienangehörige aus Drittstaaten (Ehegatten und minderjährige, ledige Kinder) von EU-Bürgern und EWR-Angehörigen, sofern sie einen gültigen Aufenthaltstitel eines anderen EU- oder EWR-Mitgliedsstaates besitzen.
- Staatsangehörige der Schweiz
- Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, Südkorea, Neuseeland und USA. Für einen Aufenthalt über drei Monate hinaus können Staatsangehörige dieser Länder eine erforderliche Aufenthaltserlaubnis in Deutschland beantragen.
- Sofern keine Erwerbstätigkeit ausgeübt werden soll: Staatsangehörige von Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino. Das bedeutet, dass für Studierende dieser Länder kein Einreisevisum erforderlich ist, wenn vor und nach dem Studium keine Erwerbstätigkeit ausgeübt werden soll. Studienbegleitende und zustimmungsfreie Tätigkeiten bleiben von dieser Regelung unberührt, da das Studium der Hauptzweck des Aufenthalts ist. Wenn eine (gast-)wissenschaftliche Tätigkeit den Zeitraum von drei Monaten innerhalb eines Jahres nicht überschreitet, zählt die Tätigkeit nicht als Erwerbstätigkeit im Sinne des Aufenthaltsgesetzes. Daher benötigen Staatsangehörige der genannten Länder für eine solche Tätigkeit kein Visum. Für einen Aufenthalt über drei Monate hinaus kann eine Aufenthaltserlaubnis auch bei Einreise ohne Visum in Deutschland beantragt werden.

- Sofern nur ein Kurzaufenthalt geplant ist, der insgesamt drei Monate nicht überschreitet und keine Erwerbstätigkeit ausgeübt werden soll: Staatsangehörige der Länder Antigua und Barbuda, Argentinien, Bahamas, Barbados, Brunei Darussalam, Chile, Costa Rica, Dominica, Grenada, Guatemala, Kiribati, Kolumbien, Malaysia, Marschall-Inseln, Mauritius, Mexiko, Mikronesien, Nicaragua, Palau, Panama, Paraguay, Peru, Salomonen, Samoa, Seychellen, Singapur, St. Kitts & Nevis, St. Lucia, St. Vincent & Grenadinen, Timor-Leste, Tonga, Trinidad & Tobago, Tuvalu, Uruguay, Vanuatu, Vatikanstadt, Venezuela und Vereinigte Arabische Emirate.

Für Staatsangehörige der Länder Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Moldau und Montenegro gelten diese Regeln für Inhaber eines biometrischen Reisepasses.

Für Staatsangehörige von Honkong, Macau, Serbien und Taiwan gelten diese Regeln für Inhaber von Pässen mit besonderen Eigenschaften.

Es ist nicht möglich, diese Aufenthalte ohne Visum über drei Monate hinaus zu verlängern. Nach Ablauf von drei Monaten muss die Ausreise erfolgen. Wird ein längerer Aufenthalt oder eine zustimmungspflichtige Erwerbstätigkeit angestrebt, ist hierfür die Einreise mit einem nationalen Visum zwingende Voraussetzung. Inhaber von Nationalpässen der Staaten, die zur Einreise nach Deutschland kein Visum benötigen, dürfen sich ohne Visum grundsätzlich nicht länger als 90 Tage pro Halbjahr im Bundesgebiet aufhalten. Zudem dürfen sie während dieses Zeitraums keine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

- Forscher, die in einem anderen EU-Mitgliedsstaat nach den Bestimmungen der EU-Forscherrichtlinie zugelassen sind und im Rahmen ihrer Forschung nach Deutschland einreisen, sofern sie sonst in einem Schengen-Staat arbeiten, oder maximal für einen Zeitraum von drei Monaten innerhalb von zwölf Monaten ihrer Forschertätigkeit in Deutschland nachgehen.
- Eine stets aktuelle Übersicht über die Visumpflicht finden Sie unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/StaatenlisteVisumpflicht_node.html
- Auf den Internetseiten des Auswärtigen Amtes finden Sie unter www.diplo.de/visa Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Thema, unter anderem auch die jeweils aktuellen Visabestimmungen für alle Länder.

1.1 Verschiedene Visumtypen

Wenn ein Visum benötigt wird, kann dieses je nach Aufenthaltsdauer und Aufenthaltswort als Schengen-Visum oder als nationales Visum ausgestellt werden.

Das Schengen-Visum wird für einen kurzzeitigen Aufenthalt von bis zu drei Monaten pro Halbjahr ausgestellt. Ein nationales Visum wird für einen geplanten längeren Aufenthalt von über drei Monaten ausgestellt.

Weitere Differenzierungen erfolgen innerhalb dieser beiden Hauptgruppen nach dem jeweiligen Aufenthaltswort. Ein Schengen-Visum wird beispielsweise für Besuchsaufenthalte, geschäftliche und touristische Aufenthalte erteilt. Ein nationales Visum wird z.B. für ein Studium oder zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit ausgestellt.

Die deutschen Auslandsvertretungen stellen auf ihren Homepages in der Regel Informationen über das Verfahren der Visumserteilung und notwendige Unterlagen zur Verfügung. Häufig können Anträge bereits von der Homepage heruntergeladen werden. Adressen der Auslandsvertretungen finden sich auf der Seite des Auswärtigen Amtes:

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/DtAuslandsvertretungenA-Z-Laenderauswahlseite_node.html .

1.1.1 Schengen-Visum

Das Schengen-Visum

- gilt für einen zweckgebundenen Aufenthalt von bis zu 90 Tagen je Zeitraum von 180 Tagen;
- berechtigt zum freien Reiseverkehr und zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Schengen-Staaten (alle EU-Staaten außer Großbritannien, Irland und Zypern);
- kann regelmäßig nicht verlängert oder für einen anderen Aufenthaltswitz umgeschrieben werden. Nur in besonderen Ausnahmefällen ist eine Verlängerung möglich, z.B. wenn eine ärztliche Behandlung dringend notwendig ist;
- wird von den Auslandsvertretungen der Schengen-Staaten ausgestellt.

Ausländern, die ein Studium oder eine Promotion in Deutschland aufnehmen oder einen Forschungs- bzw. gastwissenschaftlichen Aufenthalt absolvieren möchten, wird dringend davon abgeraten, mit einem Schengen-Visum ins Bundesgebiet einzureisen. Die Nicht-Verlängerbarkeit gilt unabhängig davon, für welchen kurzzeitigen Aufenthaltswitz das Visum erteilt wurde (z.B. touristischer Aufenthalt, Besuchs- oder Geschäftsaufenthalt); Ausländer müssen nach Ablauf der Visumsgültigkeit ausreisen.

Für die Teilnahme an einem Sprachkurs kann das Visum abhängig von der Dauer des geplanten Sprachkurses als nationales oder als Schengen-Visum erteilt werden (bis zu drei Monate: Schengen-Visum, über drei Monate: nationales Visum). Wenn unmittelbar nach dem Sprachkurs ein Studium in Deutschland aufgenommen werden soll, muss dies bei der Beantragung des Visums angegeben werden. Für diesen Aufenthaltswitz kann dann ein nationales Visum zum Zweck der Studienvorbereitung ausgestellt werden. Falls lediglich ein Schengen-Visum oder ein nationales Visum zur Absolvierung eines Sprachkurses (ohne anschließenden Studienaufenthalt) beantragt wurde, kann dies nicht in eine Aufenthaltserlaubnis für Studienzwecke umgewandelt werden. Der Ausländer muss mit Ablauf der Gültigkeitsdauer des Visums ausreisen.

Auch wer mit einem Schengen-Visum einreist, muss die Sicherung des Lebensunterhalts während seines voraussichtlichen Aufenthalts im Bundesgebiet nachweisen.

1.1.2 Nationales Visum

Ein nationales Visum

- wird ausgestellt, wenn ein längerer Aufenthalt (über drei Monate) angestrebt wird oder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen werden soll;
- kann mit einer Gültigkeitsdauer von drei Monaten bis zu einem Jahr erteilt werden, in Ausnahmefällen auch für einen längeren Zeitraum. Die Gültigkeitsdauer des Visums hängt vom jeweils angestrebten Aufenthaltszweck ab;
- berechtigt in erster Linie zum Aufenthalt in Deutschland. Inhaber eines nationalen Visums können sich aber im Hoheitsgebiet aller Schengenstaaten frei bewegen, höchstens jedoch drei Monate innerhalb einer Frist von sechs Monaten vom Datum der ersten Einreise. In einem nationalen Visum ist daher gleichzeitig auch ein Schengen-Visum enthalten;
- kann grundsätzlich nur bei der deutschen Auslandsvertretung beantragt werden, in deren Amtsbezirk der Ausländer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

1.1.2.1 Studienbewerbung

Ausländer gelten als Studienbewerber, wenn sie sich für ein Studium in Deutschland interessieren, aber noch nicht an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder einem staatlichen oder staatlich anerkannten Studienkolleg zugelassen sind. Die Studienbewerbung kann verbunden sein mit dem Erlernen der deutschen Sprache oder der Orientierung über Studienangebote.

Im Rahmen des Zustimmungsverfahrens zur Visumserteilung (§ 31 Abs. 1 Aufenthaltsverordnung – AufenthV) beschränkt sich die Prüfung der Ausländerbehörde in der Regel auf eine Abfrage beim Ausländerzentralregister – ob die Voraussetzungen für den Zugang zu einer bestimmten Bildungseinrichtung und der Finanzierungsnachweis bezüglich des Studienaufenthalts vorliegen, wird im Einzelfall nur dann geprüft, wenn aufgrund der Angaben der deutschen Auslandsvertretung eine entsprechende Prüfung im Bundesgebiet für erforderlich gehalten wird.

Nach § 31 Abs.1 Satz 3 AufenthV gilt die Zustimmung der Ausländerbehörde als erteilt, wenn innerhalb einer Verschweigefrist von drei Wochen und zwei Werktagen der deutschen Auslandsvertretung keine gegenteilige Mitteilung vorliegt. In jedem Fall müssen die Erfordernisse der Zugangsberechtigung, der gesicherten Finanzierung und des Passbesitzes erfüllt sind. Die Verschweigefrist hindert die Ausländerbehörde nicht an einer ausdrücklichen Zustimmung vor Fristende um die Visumerteilung im Einzelfall zu beschleunigen.

Ein nationales Visum zum Zweck der Studienbewerbung kann im Ermessenswege erteilt werden (§ 16 Abs. 1a AufenthG), wenn

- der Ausländer noch keine Zulassung zum Studienkolleg oder zur Hochschule besitzt;
- keine zwingenden Regel-Versagungsgründe vorliegen (ein Regel-Versagungsgrund ist z.B. das Fehlen des erforderlichen Passes);
- andere öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

Für den Erhalt eines nationalen Visums müssen Studienbewerber folgende Nachweise erbringen:

- ausreichender Krankenversicherungsschutz (*vgl. Exkurs „Krankenversicherung“*),
- Sicherung des Lebensunterhaltes während der gesamten Visumgeltungsdauer und

- (für minderjährige Studierende) die Erlaubnis der sorgeberechtigten Person(en).

Wenn im Einzelfall geprüft wird, ob die Voraussetzungen für den Zugang zu einer bestimmten Bildungseinrichtung für ein anschließendes Studium vorliegen, kann es notwendig sein, dass bereits bei der Visumbeantragung für ein Studienbewerbervisum folgende Nachweise vorgelegt werden:

- Nachweis einer Hochschulzugangsberechtigung, welche die Aufnahme eines Studiums in Deutschland ermöglicht (oder den Besuch eines Studienkollegs),
- Nachweis über eventuell bisher erbrachte Studienleistungen.

Exkurs: Krankenversicherung

Ein ausreichender Krankenversicherungsschutz muss folgende Leistungen umfassen:

- ärztliche und zahnärztliche Behandlung
- Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln
- Krankenhausbehandlung
- medizinische Leistungen zur Rehabilitation
- Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt

Wer in einer gesetzlichen Krankenversicherung krankenversichert ist, verfügt in jedem Fall über ausreichenden Krankenversicherungsschutz (§ 2 Abs. 3 S. 3 AufenthG).

Darüber hinaus kann von Studienbewerbern bereits bei der Beantragung des Studienbewerbervisums ein Finanzierungsnachweis für einen anschließenden Studienaufenthalt verlangt werden. Es handelt sich hierbei um eine Ermessensentscheidung. Überwiegend wird der Finanzierungsnachweis erst von der Ausländerbehörde im Bundesgebiet verlangt, wenn eine Umschreibung des Studienbewerbervisums in eine Aufenthaltserlaubnis zur Studienbewerbung oder zum Studium beantragt wird.

Exkurs: Finanzierungsnachweis

Der Finanzierungsnachweis soll belegen, dass zunächst für die Dauer eines Jahres ausreichende Existenzmittel vorhanden sind, um während des Aufenthalts keine Sozialleistungen des Aufnahmestaats in Anspruch nehmen zu müssen. Studierende und auch Studienbewerber aus einem Drittstaat müssen Mittel in Höhe des BAföG-Förderungshöchstsatzes (§ 2 Abs. 3 Satz 5 AufenthG) nachweisen (derzeit, Januar 2017, monatlich 735 EUR, also 8.820 EUR pro Jahr). Für jedes Kalenderjahr wird der gültige Betrag vom Bundesministerium des Innern im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Finanzierungsnachweis kann erbracht werden (vgl. Ziff. 16.0.8.1/16.0.8.2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum AufenthG) durch:

- Darlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Eltern **oder**
- eine Verpflichtungserklärung gegenüber der Ausländerbehörde oder der Auslandsvertretung, für die Kosten des Lebensunterhaltes des ausländischen Studierenden aufzukommen **oder**
- Einzahlung einer Sicherheitsleistung auf ein Sperrkonto in Deutschland **oder**

- Hinterlegung einer jährlich zu erneuernden Bankbürgschaft bei einem Geldinstitut im Bundesgebiet **oder**
- Stipendien aus deutschen öffentlichen Mitteln oder Stipendien einer in Deutschland anerkannten Förderorganisation oder Stipendien aus öffentlichen Mitteln des Herkunftslandes, wenn das Auswärtige Amt, der Deutsche Akademische Austauschdienst oder eine sonstige deutsche stipendiengabende Organisation die Vermittlung an die deutsche Hochschule übernommen hat.

Nicht immer wird jede der oben aufgezählten Möglichkeiten des Finanzierungsnachweises akzeptiert. Oftmals bestehen die Behörden auf der Einrichtung eines Sperrkontos und Einzahlung der entsprechenden Sicherheitsleistung.

Das nationale Visum zur Studienbewerbung wird mit einer Gültigkeitsdauer von drei Monaten erteilt. Es kann von der Ausländerbehörde als Aufenthaltserlaubnis um sechs Monate verlängert werden. Dies ist mit der Auflage verbunden, dass der Studienbewerber innerhalb dieser Frist die Zulassung zum Studium oder die Aufnahme in einen studienvorbereitenden Deutschkurs oder ins Studienkolleg nachweist. Die maximale Aufenthaltsdauer zur Studienbewerbung beträgt also neun Monate. Diese Aufenthaltszeit als Studienbewerber vor Aufnahme einer studienvorbereitenden Maßnahme wird nicht auf die Aufenthaltszeit der studienvorbereitenden Maßnahme wie Sprachkurse, Studienkollegs oder vorbereitende Praktika angerechnet.

Entschließt sich der mit einem nationalen Visum zur Studienbewerbung eingereiste Ausländer während des Informations- und Orientierungsaufenthalts, insbesondere nach einer Studienzulassung, zu einem längeren Verbleib, kann die Ausländerbehörde den mit dem nationalen Visum verbundenen vorläufigen Aufenthaltstitel in eine Aufenthaltserlaubnis zur Studienzulassung oder zum Studium umschreiben. Der Nachweis der Zulassung zu einer Bildungseinrichtung und die Nachweise, die noch nicht bei Beantragung des Visums verlangt wurden (s.o.), müssen spätestens jetzt erbracht werden.

1.1.2.2 Studienvorbereitung und Studium

Ausländer gelten nach dem Aufenthaltsrecht als Studierende, wenn sie für ein Studium an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule (Universität, pädagogischen Hochschule, Kunsthochschule, Fachhochschule etc.) oder an einer vergleichbaren Ausbildungsstätte, an einer Berufsakademie sowie an einem staatlich anerkannten Studienkolleg zugelassen sind.

Ein Visum für den Aufenthalt zu Studienzwecken wird regelmäßig in der Form eines nationalen Visums erteilt, weil ein längerer Aufenthalt (von über drei Monaten) angestrebt wird.

Studierende müssen für den Erhalt eines nationalen Visums zur Studienzulassung oder zum Studium folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Zulassung an einer anerkannten Lehranstalt zum Erwerb einer beruflichen Qualifikation als Hauptzweck. Der Nachweis der Studienzulassung ist durch die Vorlage des Zulassungsbescheids der Hochschule erbracht. Dabei ist eine bedingte Zulassung ausreichend (§ 16 Abs. 1 AufenthG). Der Zulassungsnachweis kann ersetzt werden (vgl. Ziff. 16.1.1.1 bis 16.1.1.3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum AufenthG) durch:
 - eine Studienplatzvormerkung der Bildungseinrichtung,
 - eine Bewerberbestätigung oder
 - eine Bescheinigung der Hochschule oder des Studienkollegs, aus der sich ergibt, dass für die Entscheidung über den Zulassungsantrag die persönliche Anwesenheit des

Ausländers am Hochschulort erforderlich ist. Die Bescheinigung muss bestätigen, dass der Zulassungsantrag des Bewerbers geprüft worden ist und eine begründete Aussicht auf eine Zulassung besteht,

- Ausreichender Krankenversicherungsschutz (vgl. Exkurs „Krankenversicherung“),
- Finanzierungsnachweis (vgl. Exkurs „Finanzierungsnachweis“),
- Nachweis von Kenntnissen in der Ausbildungssprache; dieser ist nicht erforderlich, wenn die Sprachkenntnisse bei der Zulassungsentscheidung bereits berücksichtigt worden sind oder durch studienvorbereitende Maßnahmen erworben werden sollen (§ 16 Abs. 1 AufenthG),
- für minderjährige Studierende: Erlaubnis der sorgeberechtigten Person(en) und
- evtl. Nachweis über bisher erbrachte Studienleistungen

Die Erteilung des Visums (und der späteren Aufenthaltserlaubnis) zu Studienzwecken ist im deutschen Aufenthaltsrecht als Ermessensentscheidung ausgestaltet. Der Europäische Gerichtshof hat jedoch mit seinem Urteil vom 10.09.2014 in der Rechtssache Alaya (C-491/13) festgestellt, dass ein Studienvisum erteilt werden muss, wenn die in der „EU-Studentenrichtlinie“ (2004/114/EG) aufgeführten Erteilungsvoraussetzungen erfüllt sind. In diesem Fall besteht mithin ein Anspruch auf Erteilung eines Studienvisums.

Das nationale Visum zum Zwecke des Studienaufenthalts kann erteilt werden

- mit einer Gültigkeitsdauer von drei Monaten
- **oder** mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahr, wenn die Ausländerbehörde im Visumverfahren beteiligt wurde (vgl. 1.2).

Wird der Aufenthalt durch ein Stipendium finanziert, ist die Gültigkeitsdauer des Visums regelmäßig nach der Dauer des Stipendiums zu bemessen, sofern diese ein Jahr nicht überschreitet.

1.1.2.3 Ausübung einer Erwerbstätigkeit: wissenschaftliche Tätigkeit

Ausländische (Gast)Wissenschaftler benötigen für einen geplanten wissenschaftlichen Aufenthalt über drei Monate im Bundesgebiet ein nationales Visum zur Einreise (*Ausnahmen: vgl. 1*). Das Visum ist erforderlich, unabhängig davon, ob die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung der jeweiligen Erwerbstätigkeit notwendig ist oder nicht (vgl. *Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von ausländischen Studierenden und Wissenschaftler*).

(Gast)Wissenschaftler müssen für den Erhalt eines nationalen Visums in der Regel folgende Nachweise erbringen:

- Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebots,
- Nachweis über gesicherten Lebensunterhalt, z.B. durch Vorlage des Arbeitsvertrages oder der Stipendienzusage (s.u.),
- Ausreichender Krankenversicherungsschutz

Der Lebensunterhalt gilt als gesichert, wenn er ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestritten werden kann. Kindergeld, Kinderzuschlag, Erziehungsgeld, Elterngeld oder öffentliche Mittel, die auf Beitragszahlungen beruhen oder die gewährt werden, um den Aufenthalt zu ermöglichen (z.B. Stipendien) bleiben dabei außer Betracht.

Das nationale Visum zum Zwecke des gastwissenschaftlichen Aufenthalts wird in der Regel mit einer Gültigkeitsdauer von drei Monaten erteilt. Danach kann das Visum in einen längerfristigen Aufenthaltstitel (Aufenthaltserlaubnis) umgeschrieben werden.

1.1.2.4 Forschungszwecke

Gem. § 20 AufenthG kann ein Visum zum Zwecke der Forschung erteilt werden. Dies gilt jedoch nicht für Ausländer, deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums ist (§ 20 Abs. 7 Nr. 4 AufenthG).

Zur Beantragung eines Visums müssen Forscher folgende Unterlagen vorlegen:

- Eine wirksame Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer Forschungseinrichtung,
- Erklärung der Forschungseinrichtung, Kosten von öffentlichen Stellen zu übernehmen,
- Nachweis über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und
- Nachweis über gesicherten Lebensunterhalt.

Die Forschungseinrichtung muss nach § 20 Abs. 1 AufenthG für die Durchführung des besonderen Zulassungsverfahrens für Forscher in Deutschland anerkannt sein. Die Anerkennung erhalten auf Antrag öffentliche oder private Einrichtungen, wenn sie im Inland Forschung betreiben (§ 38a Abs. 1 AufenthV). Der Antrag kann schriftlich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt werden. Dieses veröffentlicht die Liste der anerkannten Forschungsreinrichtungen im Internet unter www.bamf.de (§ 38e AufenthV).

Die Forschungseinrichtung muss sich schriftlich zur Übernahme der Kosten verpflichten, die öffentlichen Stellen bis zu sechs Monate nach Beendigung der Aufnahmevereinbarung für den Lebensunterhalt des ausländischen Forschers bei einem unerlaubten Aufenthalt oder für eine Abschiebung entstehen (§ 20 Abs. 1 AufenthG). Davon soll abgesehen werden, wenn die Tätigkeit der Forschungseinrichtung überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird oder wenn an dem Forschungsvorhaben ein besonderes öffentliches Interesse besteht (§ 20 Abs. 2 AufenthG).

Nach § 2 Abs. 3 Satz 6 AufenthG gilt der Lebensunterhalt bei einem Aufenthalt zu Forschungszwecken als gesichert, wenn dem Forscher ein monatlicher Betrag von zwei Dritteln der Bezugsgröße im Sinne des § 18 SGB IV zur Verfügung steht. Momentan entspricht dies für die alten Bundesländer einem Betrag von 1.984 €, für die neuen Bundesländer einem Betrag von 1.773 € pro Monat (2017).

Beim Aufenthalt zu Forschungszwecken wird eine gewisse EU-weite Mobilität ermöglicht. Wer in einem anderen Mitgliedstaat der EU nach den Bestimmungen der EU-Forscherrichtlinie zugelassen ist, erhält ein Visum, um Teile seines Forschungsvorhabens in Deutschland durchzuführen. Wenn der Aufenthalt länger als drei Monate dauert, muss der Aufenthalt in Deutschland bei einer anerkannten Forschungseinrichtung (s.o.) stattfinden, mit der eine Aufnahmevereinbarung geschlossen wurde. Wer sonst in einem Schengen-Staat arbeitet, kann ohne Visum nach Deutschland einreisen und eine eventuell erforderliche Aufenthaltserlaubnis im Land beantragen. Für einen Zeitraum von drei Monaten innerhalb von zwölf Monaten ist eine Erwerbstätigkeit auch ohne Visum gestattet (vgl. 1). Selbst wenn also aufgrund der Staatsangehörigkeit ein Visum für die Einreise notwendig wäre, entfällt dies, wenn der Forscher sonst in einem Schengen-Staat arbeitet oder die Erwerbstätigkeit drei Monate nicht übersteigt.

1.2 Zustimmung der Ausländerbehörde zur Visumerteilung

Besteht eine Visumpflicht, dann bedarf ein Visum gemäß § 31 AufenthV grundsätzlich der vorherigen Zustimmung der Ausländerbehörde, wenn der Aufenthalt voraussichtlich mehr als 90 Tage dauert, wenn der Ausländer eine Erwerbstätigkeit ausüben möchte oder wenn die Daten des Ausländers an Sicherheitsbehörden übermittelt werden müssen.

Zuständig ist die Ausländerbehörde des vorgesehenen Aufenthaltsortes. Die Zustimmung gilt bei einer Sicherheitsüberprüfung als erteilt, wenn die Ausländerbehörde der Erteilung des Visums nicht innerhalb von 10 Tagen, nachdem ihr die Anfrage übermittelt wurde, widerspricht (Verschweigefrist). Sofern Visa zu Studien- oder Forschungszwecken nicht ohnehin zustimmungsfrei sind (*s.u.*), beträgt die Verschweigefrist drei Wochen und zwei Werktage.

Es gibt jedoch Ausnahmen von dieser Zustimmungspflicht. Von einer Zustimmung befreit sind:

- Ausländer, die für ein Studium von einer deutschen Wissenschaftsorganisation oder einer deutschen öffentlichen Stelle vermittelt worden sind und in Zusammenhang von dieser Stelle in Deutschland ein Stipendium erhalten (§ 34 Satz 1 Nr. 3 AufenthV). Somit werden neben Stipendiaten, deren Stipendium aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, auch diejenigen von der Zustimmung befreit, die ein Stipendium z.B. aus Mitteln privater Geldgeber erhalten, sofern die genannten Bedingungen erfüllt sind.
- Wissenschaftler, die für eine wissenschaftliche Tätigkeit von deutschen Wissenschaftsorganisationen oder einer deutschen öffentlichen Stelle vermittelt werden und in diesem Zusammenhang in Deutschland ein Stipendium aus öffentlichen Mitteln erhalten (§ 34 Nr. 1 AufenthV);
- Gastwissenschaftler, Lehrpersonen, wissenschaftliche Mitarbeiter, Ingenieure und Techniker im Team eines Gastwissenschaftlers, wenn sie auf Einladung der Hochschule oder einer öffentlich-rechtlichen oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungseinrichtung tätig werden (§ 34 Satz 1 Nr. 2 AufenthV);
- Forscher, die eine Aufnahmevereinbarung mit einer vom BAMF anerkannten Forschungseinrichtung abgeschlossen haben (§ 34 Satz 1 Nr. 4 AufenthV);
- Mit- und nachreisende Ehegatten oder Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder dieser Personengruppen (§ 34 Satz 3 AufenthV)
- Unter bestimmten Voraussetzungen: Absolventen deutscher Auslandsschulen und mit deutschen Mitteln geförderter Schulen im Ausland (§ 34 Satz 1 Nr. 5-7 AufenthV)

Bei allen anderen Personengruppen wird zunächst die Zustimmung der Ausländerbehörde im oben beschriebenen Verfahren eingeholt, so dass die Visumserteilung etwas länger dauern kann.

2 In Deutschland angekommen: Eine Aufenthaltserlaubnis beantragen?

Bürger der EU, des EWR und der Schweiz benötigen keine Aufenthaltserlaubnis; für sie besteht nur die allgemeine Meldepflicht bei den Einwohnermeldeämtern, wie sie auch für Deutsche gilt. Die Meldung muss je nach örtlichen Bestimmungen innerhalb der ersten Tage oder Wochen nach Ankunft erfolgen.

Planen drittstaatsangehörige Ausländer einen Aufenthalt über die Geltungsdauer des Visums hinaus, muss dieser Aufenthalt erlaubt werden. Dazu bedarf es einer Aufenthaltserlaubnis. Ausländer, die mit einem nationalen Visum eingereist sind und einen längeren Aufenthalt planen, müssen die im Visum enthaltene vorläufige Einreise- und Aufenthaltserlaubnis **vor deren Ablauf** in eine solche (längerfristige) Aufenthaltserlaubnis (oder ggf. einen anderen längerfristigen Aufenthaltstitel) umwandeln lassen.

Auch Ausländer, die ohne Visum einreisen dürfen, müssen für einen Aufenthalt über drei Monate hinaus innerhalb von drei Monaten eine Aufenthaltserlaubnis beantragen.

Zuständig für die Erteilung und ggf. Verlängerung der Aufenthaltstitel für alle Nicht-EU-Bürger ist die örtliche Ausländerbehörde in Deutschland.

Das Aufenthaltsgesetz kennt folgende längerfristige Aufenthaltstitel:

- die befristete Aufenthaltserlaubnis (§ 7 AufenthG)
- die unbefristete Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)
- die unbefristete Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9a AufenthG)
- den auf sechs Monate befristeten Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche für qualifizierte Fachkräfte (§ 18c AufenthG)
- die befristete Blaue Karte EU (§ 19a AufenthG)

Ausländer aus Drittstaaten, die Inhaber eines gültigen, von einer der Vertragsparteien des Schengen-Abkommens ausgestellten längerfristigen Aufenthaltstitels sind, können sich aufgrund dieses Dokuments und eines gültigen Reisedokuments bis zu drei Monate frei im Hoheitsgebiet der anderen Schengen-Staaten bewegen.

Exkurs: Der elektronischer Aufenthaltstitel (eAT)

Die von den Ausländerbehörden erteilten Aufenthaltstitel (Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis, Daueraufenthalt-EG etc.) wurden früher als Klebeetikett im Pass angebracht.

Zum 1. September 2011 wurde der „elektronische Aufenthaltstitel“ im Kreditkartenformat mit elektronischen Zusatzfunktionen eingeführt. Da die Herstellung aufwändiger ist und etwas länger dauert, sollten Anträge sehr frühzeitig vor Ablauf des gültigen Aufenthaltstitels bzw. des Ablaufs des visumsfreien Kurzaufenthalts gestellt werden. Die Gebühren für die Ersterteilung einer Aufenthaltserlaubnis mit einer Geltungsdauer von bis zu einem Jahr liegen derzeit bei 100 €. Für bestimmte Personengruppen, wie etwa Studierende oder Wissenschaftler mit Stipendien aus öffentlichen Mitteln, sind Gebührenbefreiungen vorgesehen (§ 52 AufenthV).

Auf einem Chip werden biometrische Merkmale des Karteninhabers (Lichtbild, Fingerabdrücke), Nebenbestimmungen zum Aufenthaltstitel und persönliche Daten gespeichert. Der Chip enthält auch einen elektronischen Identitätsnachweis.

Der eAT wird auch für Bescheinigungen über ein Aufenthaltsrecht (Aufenthaltskarte für drittstaatsangehörige Familienmitglieder von EU-Bürgern und Bescheinigungen über das Daueraufenthaltsrecht für EU-Bürger) genutzt, die früher als eigenständige Dokumente im Papierformat ausgestellt wurden.

Mehr Informationen zum elektronischen Aufenthaltstitel finden sich insbesondere auf der Website des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (www.bamf.de).

2.1 Die Aufenthaltserlaubnis

Die Aufenthaltserlaubnis wird befristet erteilt. Sie kann mit Bedingungen versehen und verlängert werden. Die Geltungsdauer richtet sich nach dem Aufenthaltszweck. Das Gesetz unterscheidet insbesondere folgende Zwecke:

- Ausbildung (Studium, Sprachkurse, Schulbesuch, sonstige Ausbildung, Arbeitsplatzsuche nach dem Studium)
- Erwerbstätigkeit (Beschäftigung; selbstständige Tätigkeit und Arbeitsplatzsuche)
- Völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe
- Familiäre Gründe (z.B. Ehegattennachzug, Kindernachzug)
- Besondere Aufenthaltsrechte (z.B. für ehemalige Deutsche)

2.2 Die verschiedenen Aufenthaltszwecke im Einzelnen

Die nachfolgende Darstellung geht näher auf die Aufenthaltszwecke Ausbildung, Erwerbstätigkeit und familiäre Gründe ein, da diese für Studierende und (Gast)Wissenschaftler die typischen Aufenthaltszwecke darstellen.

2.2.1 Aufenthalt zu Studienzwecken

Eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken kann zur Studienbewerbung, für studienvorbereitende Maßnahmen und zum Studium an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder einer vergleichbaren Ausbildungseinrichtung erteilt werden. Des Weiteren kann eine Aufenthaltserlaubnis ggf. auch nur für den Besuch eines Sprachkurses ohne weiteres Studienvorhaben erteilt werden.

Sollten die drei Monate der Visumsgültigkeit zur Studienbewerbung für eine umfassende Orientierung nicht ausgereicht haben, kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Studienbewerbung ausgestellt werden. Die Voraussetzungen für einen Studienbewerbsaufenthalt sind die gleichen wie die Bedingungen für die Erteilung eines Visums zum Zwecke der Studienbewerbung (*vgl. 1.1.2.1*). Entschließt sich der mit einem nationalen Visum zur Studienbewerbung eingereiste Ausländer während des Informations- und Orientierungsaufenthalts, insbesondere nach einer Studienzulassung, zu einem Studium in Deutschland, kann die Ausländerbehörde den mit dem nationalen Visum verbundenen vorläufigen Aufenthaltstitel in eine Aufenthaltserlaubnis zur Studienzulassung oder zum Studium umschreiben. Der Nachweis der Zulassung zu einer Bildungseinrichtung und die Nachweise, die noch nicht bei Beantragung des Visums verlangt wurden, müssen spätestens jetzt erbracht werden.

Die Aufenthaltsdauer ist für Studienbewerber auf insgesamt neun Monate begrenzt (drei Monate Visum + max. sechs Monate Aufenthaltserlaubnis).

Für studienvorbereitende Maßnahmen – wie etwa Besuch eines Studienkollegs oder eines studienvorbereitenden Sprachkurses – soll die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis zwei Jahre nicht überschreiten. Eine Aufenthaltserlaubnis für studienvorbereitende Maßnahmen kann als Aufenthaltserlaubnis zum Studium verlängert werden.

Für eine Aufenthaltserlaubnis zum Studium muss – wie auch beim Visum – die Zulassung einer Hochschule, ausreichender Krankenversicherungsschutz und die Finanzierung des Studiums nachgewiesen werden (vgl. 1.1.2.2).

Die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis beträgt mindestens ein Jahr und soll zwei Jahre nicht überschreiten. Sie kann für jeweils mindestens ein Jahr bis maximal zwei Jahre verlängert werden, wenn der Aufenthaltszweck noch nicht erreicht wurde, dies aber in einem angemessenen Zeitraum noch möglich ist. Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wird also von einem ordnungsgemäßen Studienverlauf abhängig gemacht. Außerdem kann eine Aufenthaltserlaubnis bei ausbleibendem Studienerfolg sogar widerrufen werden. Es ist darauf zu achten, dass die Aufenthaltserlaubnis vor Ablauf der jeweiligen Gültigkeitsdauer verlängert werden muss. Bei einer Abwesenheit aus Deutschland von mehr als sechs Monaten (z.B. bei einer Auslandsstudienphase oder einer längeren Feldforschung) erlischt die Aufenthaltserlaubnis, wenn nicht zuvor von der Ausländerbehörde eine Bescheinigung über eine verlängerte Frist zur Wiedereinreise ausgestellt wurde.

Die EU-Studentenrichtlinie ermöglicht es drittstaatsangehörigen Ausländern, die einen Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums von einem anderen EU-Mitgliedstaat besitzen, eine Aufenthaltserlaubnis zum gleichen Zweck in Deutschland zu erhalten. Bedingung dafür ist, dass der Ausländer im Rahmen seines Studienprogramms in Europa verpflichtet ist, einen Teil seines Studiums in einem anderen europäischen Land zu absolvieren, oder dass er sein in einem anderen Mitgliedstaat bereits begonnenes Studium in Deutschland fortsetzen oder ergänzen möchte. Dafür muss er entweder an einem Austauschprogramm der Europäischen Union teilnehmen oder mindestens zwei Jahre in dem Staat des (ersten) Studienortes als Studierender zugelassen gewesen sein.

Aufgrund einer neuen EU-Richtlinie¹, die bis Mai 2018 umgesetzt werden muss, werden weitere Erleichterungen für Studierende und Forscher aus Nicht-EU-Staaten eingeführt. So wird etwa bei Auslandssemestern in anderen EU-Staaten keine vorherige Visumsbeantragung und – im Rahmen von EU-Programmen oder Hochschulpartnerschaften – sogar keine gesonderte Aufenthaltserlaubnis mehr erforderlich sein.

2.2.2 Aufenthalt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit: wissenschaftliche Tätigkeit

Wer als Ausländer aus einem Drittstaat in Deutschland eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchte, benötigt eine Aufenthaltserlaubnis, welche die Ausübung einer Erwerbstätigkeit gestattet (§ 18 AufenthG). Diese erteilt ebenfalls die Ausländerbehörde, allerdings muss in vielen Fällen die Bundesagentur für Arbeit der Beschäftigung zustimmen. Dies geschieht behördenintern, so dass die Ausländerbehörde die einzige Anlaufstelle für den Antragsteller ist. Es wird empfohlen, in Zweifelsfragen auch die Informationen zu den arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu Rate zu ziehen (vgl. *DAAD-Infoblatt „Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von ausländischen Studierenden, Hochschulabsolventen, Wissenschaftlern und anderen Akademikern“*).

Die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist nach § 5 der Beschäftigungsverordnung (BeschV) dann nicht zustimmungspflichtig, wenn es sich um eine (gast)wissenschaftliche Tätigkeit handelt. Für die Aufenthaltserlaubnis muss der

¹ Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (Neufassung)

(Gast)Wissenschaftler – wie auch beim Visum für einen gastwissenschaftlichen Aufenthalt – einen konkreten Arbeitsplatz, ausreichenden Krankenversicherungsschutz und gesicherten Lebensunterhalt (Arbeitsvertrag, Stipendium) nachweisen.

Die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis kann bei der Erserteilung und Verlängerung maximal bis zu drei Jahre betragen; in erster Linie richtet sie sich jedoch nach der geplanten Dauer des Arbeitsverhältnisses. Die maximale Gültigkeitsdauer darf von der Ausländerbehörde nur dann vollständig ausgeschöpft werden, wenn der Aufenthaltswitzweck (gastwissenschaftliche Tätigkeit) voraussichtlich auch nach dem Erlöschen der befristeten Aufenthaltserlaubnis fortbestehen wird.

2.2.3 Aufenthalt zu Forschungszwecken

Die Aufenthaltserlaubnis zu Forschungszwecken (§ 20 AufenthG) bedarf gem. der EU-Forscherrichtlinie nicht der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit

Die Aufenthaltserlaubnis zu Forschungszwecken wird für mindestens ein Jahr erteilt. Wenn das Forschungsvorhaben einen kürzeren Zeitraum in Anspruch nimmt, wird die Gültigkeitsdauer aber auf die Dauer des Forschungsvorhabens befristet.

3 Kann die Familie nachkommen?

Ehegatten und minderjährige, ledige Kinder eines Ausländers aus einem Drittstaat können eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten. Derjenige, zu dem der Nachzug erfolgen soll, muss sich legal in Deutschland aufhalten, d.h. er muss einen gültigen Aufenthaltstitel besitzen. Darüber hinaus muss ausreichender Wohnraum für die Familie zur Verfügung stehen. Schließlich muss der Lebensunterhalt der Familie gesichert sein: Die Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen kann versagt werden, wenn derjenige, zu dem der Nachzug erfolgen soll, für den Unterhalt der Familie auf Sozialleistungen angewiesen ist. Für die Berechnung des Bedarfs der Familie wird auf die jeweils aktuellen Regelsätze des „Arbeitslosengeldes II“ nach dem zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) abgestellt; hinzu kommen in jedem Fall die Miet- und Nebenkosten sowie die Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung. Dem so ermittelten Bedarf der Familie wird das Einkommen, zu dem auch Stipendien zählen, gegenübergestellt. Ist das Einkommen mindestens ebenso hoch wie der Bedarf, gilt der Lebensunterhalt als gesichert.

Für die Familienangehörigen von EU- und EWR-Bürgern gelten Sonderregelungen: Das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern gewährt den Familienangehörigen (Ehegatten und Kindern unter 21 Jahren) von EU- und EWR-Bürgern ein Aufenthaltsrecht, selbst wenn die Familienangehörigen nicht die Staatsangehörigkeit eines EU- oder EWR-Mitgliedstaates besitzen. Ob ein Visum für die Einreise erforderlich ist oder nicht, richtet sich nach den Bestimmungen, die für Personen mit der jeweiligen Nationalität gelten, es sei denn, sie besitzen einen gültigen Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates der EU oder des EWR (vgl. 1).

Diesen drittstaatsangehörigen Familienmitgliedern von EU- und EWR-Bürgern wird von Amts wegen eine Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürgern erteilt (§ 5 Abs. 1 FreizügG/EU). Eventuelle Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Freizügigkeit des Ehegatten können bei dem zuständigen Einwohnermeldeamt erbracht werden.

3.1 Ehegattennachzug

Der Ehegattennachzug ist möglich, wenn der drittstaatsangehörige Ausländer, zu dem der Nachzug erfolgt,

- eine Niederlassungserlaubnis besitzt,
- eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (vgl. Exkurs „Europäische“ Aufenthaltstitel) besitzt,
- eine Aufenthaltserlaubnis zu Forschungszwecken besitzt,
- seit mindestens zwei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, deren Verlängerung oder Umwandlung in eine Niederlassungserlaubnis nicht ausgeschlossen ist,
- eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG (vgl. Exkurs „Europäische“ Aufenthaltstitel) besitzt und die eheliche Gemeinschaft bereits zuvor (im anderen EU-Mitgliedsstaat) bestand,
- eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die Ehe bei deren Erteilung bereits bestand und die Dauer des Aufenthalts voraussichtlich über ein Jahr betragen wird (von diesen beiden Voraussetzungen kann im Ermessenwege abgesehen werden, solange eine Aufenthaltserlaubnis vorliegt) **oder**
- er eine „Blaue Karte EU“ (§ 19a AufenthG) besitzt.

Der nachziehende Ehegatte muss sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können. Außerdem müssen beide Ehegatten das 18. Lebensjahr vollendet haben. Ehegatten von Forschern und Inhabern einer Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte (vgl. 4.2) sowie von Personen mit der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten in einem anderen Mitgliedstaat der EU (vgl. Exkurs „Europäische“ Aufenthaltstitel) müssen diese Bedingungen nicht erfüllen. Ehepartner von Inhabern einer „Blauen Karte EU“ müssen keine Sprachkenntnisse nachweisen. Auf den Sprachnachweis wird ansonsten u.a. verzichtet, wenn der Ehegatte keinen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 44 AufenthG hat (dies trifft z.B. zu, wenn der Aufenthalt nur vorübergehender Natur ist, wie es bei vielen Studierenden und Gastwissenschaftlern – und somit bei ihren Ehegatten – der Fall ist) oder der Ausländer wegen seiner Staatsangehörigkeit auch für längerfristige Aufenthalte visumsfrei nach Deutschland einreisen darf (vgl. 1).

3.2 Nachzug von Kindern

Minderjährige, ledige Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil einen Aufenthaltstitel besitzen und das Kind seinen Lebensmittelpunkt zusammen mit seinen Eltern nach Deutschland verlegt. Minderjährige, ledige Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie – zusätzlich zu den o.g. Voraussetzungen – die deutsche Sprache beherrschen oder es gewährleistet erscheint, dass eine Integration leicht möglich ist.

4 In Deutschland bleiben?

4.1 Nach dem Studienabschluss – in Deutschland arbeiten

Für Hochschulabsolventen, also Ausländer, die ihr Hochschulstudium in Deutschland erfolgreich (z.B. mit einem Bachelor- oder Masterabschluss oder durch eine Promotion) abgeschlossen haben, kann die Aufenthaltserlaubnis bis zu 18 Monate zur Suche nach einem Arbeitsplatz verlängert werden. Während dieser Zeit ist eine Erwerbstätigkeit ohne Einschränkungen erlaubt. Der gefundene Arbeitsplatz, auf dessen Grundlage eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung (§ 18 AufenthG) erteilt werden kann, muss der Qualifikation des Hochschulabsolventen entsprechen (vgl. DAAD-Infoblatt „*Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von ausländischen Studierenden, Hochschulabsolventen, Wissenschaftlern und anderen Akademikern*“). Wird ein solcher Arbeitsplatz gefunden, kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit erteilt werden.

4.2 Ein unbefristetes Aufenthaltsrecht: Die Niederlassungserlaubnis

Bei der Niederlassungserlaubnis handelt es sich um einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Dieser Aufenthaltstitel ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und darf nur in gesetzlich geregelten Sonderfällen mit einer Nebenbestimmung versehen werden.

Die Niederlassungserlaubnis berechtigt automatisch zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Dieser Aufenthaltstitel kann regulär erteilt werden, wenn der Ausländer seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, sein Lebensunterhalt gesichert ist und er über ausreichenden Wohnraum für sich und seine Familie verfügt. Darüber hinaus muss er u.a. mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben, über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet verfügen und es muss ihm die Beschäftigung erlaubt sein (sofern er Arbeitnehmer ist). Außerdem dürfen der Erteilung keine Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entgegenstehen (§ 9 Abs. 2 AufenthG).

Absolventen deutscher Hochschulen können bereits früher eine Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn sie (neben den üblichen Voraussetzungen) seit zwei Jahren einen Aufenthaltstitel zur Beschäftigung besitzen, einen dem Abschluss angemessenen Arbeitsplatz innehaben und mindestens 24 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben (§ 18b AufenthG).

Inhaber einer Blauen Karte EU können ebenfalls bereits früher eine Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn sie (neben den üblichen Voraussetzungen) mindestens 33 Monate eine qualifizierte Beschäftigung ausgeübt haben und für diesen Zeitraum Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben. Die Frist verkürzt sich weiter auf 21 Monate, wenn deutsche Sprachkenntnisse der Stufe B1 nachgewiesen werden (§ 19a Abs. 6 AufenthG).

Hochqualifizierte Arbeitnehmer können sofort eine Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn die Integrationsprognose positiv ist (§ 19 AufenthG).

Zu den Hochqualifizierten zählen:

- Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen (Lehrstuhlinhaber und Institutsdirektoren) und
- Lehrpersonen und wissenschaftliche Mitarbeiter in herausgehobener Funktion (Leiter wissenschaftlicher Projekt- und Arbeitsgruppen)

Für ausländische Hochschulabsolventen, Akademiker und Wissenschaftler eröffnet die Niederlassungserlaubnis somit die Perspektive eines Daueraufenthalts.

Exkurs: „Europäische“ Aufenthaltstitel

Durch die Einführung zweier „europäischer Aufenthaltstitel“ im Jahr 2007 wurden die Voraussetzungen für eine innereuropäische Mobilität für drittstaatsangehörige Daueraufenthaltsberechtigte verbessert.

Dazu wurde zum einen die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9a AufenthG) eingeführt, die drittstaatsangehörigen Ausländern eine dauerhafte Perspektive in Europa eröffnet. Die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU wird unter ähnlichen – aber nicht gleichen – Bedingungen wie die Niederlassungserlaubnis erteilt, allerdings gibt es keine Sonderregelungen für Hochqualifizierte. Dafür umfasst die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU das Recht auf Weiterwanderung in einen anderen Mitgliedstaat, wo dem Inhaber einer „deutschen“ Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU ein Aufenthaltstitel nach dem Landesrecht des jeweiligen Mitgliedstaates zu gewähren ist.

Das „Gegenstück“ ist eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG. Die „Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union langfristig Aufenthaltsberechtigte“ wird denjenigen Ausländern erteilt, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU besitzen und sich nun länger als drei Monate in Deutschland aufhalten möchten.